

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

DIE LINKE.

Die PARTEI

Stadtratsfraktion München

München, 23. April 2021

Leerstand bekämpfen I: Anzeigepflicht einführen

Antrag

Die „Satzung der Landeshauptstadt München über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (ZeS)“ wird ergänzt durch eine Anzeigepflicht für leerstehenden Wohnraum, der ab Beginn des Leerstellenlassens nicht innerhalb von drei Monaten wieder zu Wohnzwecken genutzt wird. Zuwiderhandlungen müssen entsprechend des bayrischen Zweckentfremdungsgesetzes mit einer Geldbuße von bis zu 500.000 Euro pro Wohneinheit belegt werden.

Begründung

In einer Stadt mit Wohnungsnot ist Leerstand kein Kavaliersdelikt. Die Erwartung, höhere Miet- oder Verkaufspreise für Wohnraum erwirtschaften zu können, ist keine Berechtigung, Wohnungen leerstehend zu lassen. Um dies zu verhindern braucht es eine Umkehr der Handlungsverpflichtung zu Gunsten der Gemeinde und zu Lasten der Eigentümer. Empfindliche Geldbußen würden darüber hinaus dazu führen, dass viele Eigentümer von der Möglichkeit, Wohnraum leer stehen zu lassen, Abstand nehmen würden.

Viele Leerstände sind der Stadt aktuell nicht bekannt. Auch mit dem Leerstandsmelder „Mehr Raum für München“ werden bei weitem nicht alle Leerstände gemeldet. Aus Gesprächen mit Bürger*innen wurde auch deutlich, dass ein Großteil der Münchner*innen die Meldeplattform der Stadt nicht kennt oder nicht weiß, wie sie zu finden ist. Eine Anzeigepflicht wäre deswegen eine deutliche Stärkung im Kampf gegen den Leerstand. Eine solche Anzeigepflicht ist seit 2013 Teil des Hamburgischen Wohnraumschutzgesetzes, welches das Verbot von Zweckentfremdung beinhaltet¹. In einer Antwort des Hamburger Senats auf eine Anfrage zur Wirksamkeit der Novellierungen des Gesetzes wird festgehalten, dass die An-

¹ <https://www.hamburg.de/wohnraumschutz/4455094/hmbwoschg/>

Stadtratsfraktion

DIE LINKE. / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München

zeigepflicht „wichtige Verbesserungen für den Vollzug des Gesetzes bewirkt“.² Die Überprüfung der Dauer von Leerständen könnte in Zukunft durch die einzuführende Leerstandserfassung durchgeführt werden.

Initiative:

Stadtrat Stefan Jagel

Gezeichnet:

Stadträtin Marie Burneleit

Stadträtin Brigitte Wolf

Stadtrat Thomas Lechner

² https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/66892/zur_wohnungspolitik_in_hamburg_ii.pdf

Stadtratsfraktion

DIE LINKE. / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München